



Direktorium, BA-Geschäftsstelle West  
Landsberger Str. 486, 81241 München

**Vorsitzender**  
**Josef Mögele**

**Privat:**  
Saherrstr. 37  
80689 München

**Geschäftsstelle:**  
Landsberger Str. 486  
81241 München  
Telefon: 233-37354  
Telefax: 233-37356  
E-Mail: bag-west.dir@muenchen.de

München, den 28.01.15

### Protokoll

der Sondersitzung des Bezirksausschusses 25 Laim am 21.01.15 im Alten- und Servicezentrum Laim, Kiem-Pauli-Weg 22, zum Thema „Gelände Zschokke- / Westendstraße; Beschlussvorlage für den Stadtrat „2. Standortbeschluss für Einrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen“, Stellungnahme des Bezirksausschusses 25 Laim“.

Beginn: 20.00 Uhr unter Vorsitz des BA-Vorsitzenden, Josef Mögele.

Protokollführung: Frau Franke / BA-Geschäftsstelle West

Die Anwesenheitsliste ist Gegenstand des Protokolls.

#### Zur Beratung hinzugezogene Personen:

Vertreter der Polizeiinspektion 41, des Sozialreferates / Amt für Wohnen und Migration und des Referates für Stadtplanung und Bauordnung / HA Stadtplanung

Eröffnung durch den BA-Vorsitzenden und Begrüßung der Gäste:

Vertreter der Presse, Bürgerinnen und Bürger

Eingangs fasst Herr Mögele kurz den Sachstand und die aktuelle Entwicklung aus Sicht des Bezirksausschusses zusammen: das Gelände ist seit ca. 8 Jahren frei, seit 2006 läuft ein Bebauungsplanverfahren, das neben Wohnungsbau u.a. den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen vorsieht.

So wie die derzeitige Diskussion über die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge geführt wird, hat der Bezirksausschuss den Eindruck, dass die beteiligten städtischen Stellen das Gelände jeweils für ihre Zwecke nutzen möchten, aber kein Gesamtkonzept mehr verfolgen. Der Bezirksausschuss verschließt sich nicht der temporären Unterbringung von Flüchtlingen, fordert aber, dass gleichzeitig auch die seit langem dringend benötigten Plätze für Kinderbetreuung gebaut werden. Außerdem soll das Bebauungsplanverfahren weiter voran getrieben werden, so dass nach Absiedelung des Busbetriebshofs und Abbau der Gemeinschaftsunterkunft sofort mit der Umsetzung des Bebauungsplans begonnen werden kann, bestenfalls die Wohnungen dann schon bezugsfertig sind.

Zur Beschlussvorlage „2. Standortbeschluss für Einrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen“ führt Herr Mögele aus, dass diese im Sozialausschuss am 15.01.15 abgesetzt wurde und jetzt in der Vollversammlung des Stadtrates am 28.01.15 behandelt werden soll.

Die Vertreterin des Sozialreferates bedankt sich beim Bezirksausschuss für die grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen und erläutert kurz das Verfahren, wie Standorte für Unterkünfte von der Verwaltung gesucht werden: in einer Task Force, in der u.a. die Regierung von Oberbayern, das Baureferat, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, das Referat für Bildung und Sport und das Sozialreferat vertreten sind, werden mögliche Standorte im Bezug auf Kriterien der Sozialplanung, des Planungsrechts und der Realisierbarkeit vorgeprüft.

Vom Stadtrat wurde als Vorgabe für die Planungen beschlossen, die Gemeinschaftsunterkünfte möglichst gleichmäßig über alle 25 Stadtbezirke zu verteilen und die Größe einer Unterkunft grundsätzlich auf 200 Plätze zu begrenzen. Eine höhere Anzahl an Plätzen sollte nur ausnahmsweise möglich sein, wenn alle beteiligten Referate und auch der betroffenen Bezirksausschuss zustimmen.

Grundsätzlich werden Gemeinschaftsunterkünfte vom Baureferat in Modulbauweise errichtet, die Belegung erfolgt durch die Regierung von Oberbayern gemischt mit Einzelpersonen, Paaren und Familien, für die auch Familienappartements eingeplant werden. Die Betreuung der Flüchtlinge erfolgt durch freie Träger (in der Regel durch die Caritas), die Kinder besuchen Kindergärten und Schulen in der Umgebung.

Zur Informationspolitik führt die Vertreterin des Sozialreferates aus, dass dem Sozialreferat sehr an einer möglichst frühzeitigen Einbindung der Bezirksausschüsse und der Bevölkerung gelegen ist, dies aber erst als sinnvoll erachtet wird, sobald eine konkretere Planung vorliegt.

Seit Januar 2014 gibt es zwei mal im Jahr Infoveranstaltungen für die Bezirksausschüsse zum Thema „Flüchtlinge“.

Bei den zuletzt eröffneten Unterkünften hat das Sozialreferat Infoveranstaltung vor Ort für die Anwohner durchgeführt. Auch für den Standort Zschokke- / Westendstraße wird eine Infoveranstaltung zu gegebener Zeit durchgeführt, außerdem wird angeboten, an BA- bzw. UA-Sitzungen teilzunehmen.

Zum Standort Zschokke- / Westendstraße: dieser wird dem Stadtrat in Abstimmung mit den beteiligten Referaten als geeignet für eine Unterkunft mit 300 Plätzen vorgeschlagen und soll zum 01.11.15 in Betrieb gehen, vorgesehen ist die Nutzung für 5 Jahre. Das Gelände wird als groß genug beurteilt, so dass die weiteren Nutzungen wie Schule und Kinderbetreuungseinrichtungen nicht blockiert werden. Aussagen zur genauen Platzierung auf dem Gelände können noch nicht getroffen werden, da das Baureferat erst mit der Detailplanung beginnen kann, sobald der Stadtrat den Standortvorschlag bestätigt hat. Dann werden auch die aufgeworfenen Fragen hinsichtlich z.B. Lärmbelastung durch den Busbetriebshof, Bodenbeschaffenheit etc. geprüft. Auch steht noch nicht fest, wie die genaue Belegung erfolgen wird und welcher freie Träger mit der Betreuung beauftragt wird.

Der Vertreter des Referates und Stadtplanung informiert, dass sich durch die Entscheidung der Stadtwerke, den Busbetriebshof abzusiedeln, das Planungsgebiet gegenüber der ursprünglichen Planung fast verdoppelt hat. Es ist vorgesehen, dem Stadtrat im 2. Quartal 2015 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan (mit Wohnungsbau, Grundschule, alle weiteren Folgeeinrichtungen, die sich aus dem Planungsgebiet ergeben, und Kinderbetreuungs-

einrichtungen, die wegen des Bedarfs aus dem Stadtbezirk selbst nötig sind) vorzulegen, 2018 soll der Bebauungsplan fertig sein. Der Bezirksausschuss wird hierzu voraussichtlich Ende des 1. Quartals / Anfang des 2. Quartals 2015 angehört. Unabhängig von diesem Verfahren kann eine Interimsnutzung erfolgen.

Von den Anwesenden werden vor allem folgende Punkte angesprochen:

- Mangelnde Information des Bezirksausschusses und der Anwohner durch das Sozialreferat
- Betreuung der Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft: bereits jetzt gibt es zu wenig Betreuungsplätze im Stadtbezirk, auch die Schulen haben massive Platzprobleme; welche Einrichtungen sollen die Kinder besuchen?
- Dauer des Bebauungsplanverfahrens: wenn es erst bis 2018 abgeschlossen sein soll, folgt dann noch Wettbewerb, Ausschreibung etc., so dass sich die Bebauung nochmals um Jahre verschiebt.
- Busbetriebshof: die Lärmbelastung verhindert bisher eine Wohnnutzung; Bodenbeschaffenheit, gibt es evtl. Altlasten?

Als Ergebnis der Diskussion werden einstimmig folgende Punkte grundsätzlich beschlossen:

1. Der temporären Unterbringung von Flüchtlingen wird zugestimmt.
2. Während dieser Zeit (höchstens vier Jahre) muss auf dem Gelände parallel die Schaffung von Betreuungsplätze für Klein- und Schulkinder umgesetzt sein. Seit Jahren sind dort 4 Krippen- und 6 Kindergartengruppen (laut Informationsblatt des Referates für Bildung und Sport zur Bürgerversammlung im November 2014 mit 144 Krippen- und 300 Kindergartenplätze) fest eingeplant, um die schon lange bestehende Unterversorgung mit Kinderbetreuungsplätzen im Stadtbezirk 25 zu lindern. Der Bezirksausschuss hat bereits 2013 mit – bisher nicht beantwortetem - Antrag Nr. 08-14 / B 04858 vom 04.06.13 gefordert, auf diesem Gelände eine Einrichtung für Kinderbetreuung in Modulbauweise / Containerlösung zu schaffen (Kopie anbei).
3. Bis Ende 2018 (Aufgabe Busbetriebshof) muss die Bauplanung für diesen Bereich baureif vorliegen. Besonders sind die Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schule, sowie der Jugendspielplatz zu berücksichtigen.
4. Eine qualifizierte Betreuung für die untergebrachten Flüchtlinge, vor allem auch für die Kinder und Jugendlichen, die Grundstein für eine gelungene Integration ist, muss sichergestellt sein.

Herr Mögele wird beauftragt, Rederecht in der Vollversammlung zu beantragen, um die Beschlusslage des Bezirksausschusses zu erläutern.

Die Vertreterin des Sozialreferates sagt zu, die angesprochenen Punkte in die Task Force einzubringen, vor allem die Problematik der fehlenden Kinderbetreuungsplätze und Platzprobleme der Schulen im Stadtbezirk, die mangels Teilnahme einer Vertretung des Referates für Bildung und Sport nicht in der Sondersitzung beantwortet werden konnten.

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr

Josef Mögele  
BA-Vorsitzender

Franke  
BA-Geschäftsstelle